

Handbuch des Wirtschafts- und Steuerstrafrechts

Herausgegeben von

Dr. Heinz-Bernd Wabnitz

Generalstaatsanwalt

und

Thomas Janovsky

Leitender Oberstaatsanwalt

3., neu bearbeitete Auflage



Verlag C. H. Beck München 2007

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	V
Bearbeiterverzeichnis	VII
Abkürzungs- und Literaturverzeichnis	XLI

1. Kapitel. Die Entwicklung des Wirtschaftsstrafrechts in der Bundesrepublik Deutschland

(Dannecker)

A. Einführung	10
B. Begriff der Wirtschaftskriminalität und des Wirtschaftsstrafrechts	12
I. Klassische Definition <i>Sutherlands</i> und ihre Fortentwicklung	13
II. Strafprozessual-kriminaltaktisch orientierte Begriffsbildung des § 74 c GVG	14
III. Orientierung an der besonderen Sozialschädlichkeit	15
IV. Orientierung am Rechtsgüterschutz	15
V. Instrument des Wirtschaftsverkehrs als Schutzobjekte	16
C. Kriminologische Aspekte der Wirtschaftskriminalität	16
I. Struktur der amtlich registrierten Wirtschaftskriminalität	17
II. Materielle Schäden und Schadensschätzungen	17
1. Schadenshöhe der registrierten Kriminalität	18
2. Schadensschätzungen	18
3. Schäden durch Sog- und Spiralwirkung und durch Begleitkriminalität	19
III. Entstehungszusammenhänge der Wirtschaftskriminalität und Sozialprofil des Wirtschaftsstraftäters	20
IV. Aufklärungs- und Strafverfolgungsprobleme bei Wirtschaftsstraftaten	21
1. Zur Bedeutung der Anonymität von Wirtschaftsdelikten für ihre Verfolgung und Aufdeckung	21
2. Aufklärungsquote bei Wirtschaftsdelikten	22
3. Spezifische Aufklärungsprobleme bei Wirtschaftsdelikten	22
V. Auswirkungen spezieller Regulierungen des Allgemeinen und des Besonderen Teils des Strafrechts auf die Strafverfolgung	24
1. Regelungen des Allgemeinen Teils und ihre Auswirkung auf die Strafverfolgung	24
2. Regelungen des Besonderen Teils und ihre Auswirkung auf die Strafverfolgung	31
VI. Erledigung von Wirtschaftsstrafverfahren	32
1. Empirische Untersuchungen	32
2. Absprachen über strafrechtliche Entscheidungen	33
VII. Kriminalpolitische Forderungen zur Verbesserung der Bekämpfung der Wirtschaftskriminalität	34
D. Zur geschichtlichen Entwicklung des Wirtschaftsstrafrechts	36
I. Entwicklung des deutschen Wirtschaftsstrafrechts bis zum Jahre 1945.	36
II. Aufbau des Wirtschaftsstrafrechts nach dem 2. Weltkrieg	37
III. Einführung und Fortentwicklung des Ordnungswidrigkeitenrechts	39
1. Entkriminalisierung des Strafrechts durch Umwandlung in Ordnungswidrigkeiten	39
2. Ausweitung des Anwendungsbereichs des Ordnungswidrigkeitenrechts	39
3. Sanktionen des Ordnungswidrigkeitenrechts	40

Inhalt

4. Allgemeiner Teil des Ordnungswidrigkeitenrechts	41
5. Verletzung der Aufsichtspflicht in Betrieben und Unternehmen	41
6. Einführung von Sanktionen gegen Verbände	42
IV Die neuere Entwicklung des Wirtschaftsstrafrechts	45
1. Änderungen des materiellen Wirtschaftsstrafrechts - Überblick über die Reformgesetze	45
2. Reformen im Bereich der Bußgeldverhängung gegenjuristische Personen und Personenvereinigungen	59
3. Änderungen des Strafprozessrechts	63
B. Offene Grundsatzzfragen der Wirtschaftskriminalität und des Wirtschaftsstrafrechts	65

2. Kapitel. Die Entwicklung des Wirtschaftsstrafrechts unter dem Einfluss des Europarechts

(Dannecker)

Einführung	76
A. Harmonisierungsbestrebungen auf dem Gebiet des Wirtschafts- und Verwaltungsstrafrechts	77
I. Entwicklung der europäischen Eimung von der Gründung der EGKS bis hin zum Vertrag über eine Verfassung für Europa	77
1. Gründungsverträge	77
2. Einheitliche europäische Akte	78
3. Maastrichter Vertrag	78
4. Amsterdamer Vertrag	78
5. Vertrag von Nizza und Charta der Grundrechte	79
6. Vertrag über eine Verfassung für Europa	80
II. Verbindung der Europäischen Gemeinschaft und der EFTA-Staaten zu einem Europäischen Wirtschaftsraum (EWR).	82
III. Räumliche Erweiterung der Europäischen Union	82
1. Assoziierung und Beitritt der mittel- und osteuropäischen Länder sowie Maltas, Zyperns und der Türkei	82
2. Partnerschafts- und Zusammenarbeitsabkommen mit weiteren Staaten	83
IV. Europa als kriminalgeographischer Raum	83
1. Entstehung eines kriminalgeographischen Raumes	83
2. Notwendigkeit einer Annäherung der nationalen Strafrechtsordnungen	83
V. Überblick über die gegenwärtige Bedeutung des Europarechts für das Straf- und Sanktionenrecht	85
1. Begriff des Europarechts	85
2. Einfluss des Europarates auf das Straf- und Sanktionenrecht	85
3. Einfluss der OECD auf das Straf- und Sanktionenrecht	89
4. Einfluss der Europäischen Union auf das Straf- und Sanktionenrecht	89
B. Die Bedeutung des Gemeinschaftsrechts für das nationale Wirtschaftsstrafrecht	104
I. Kompetenzen der Europäischen Union auf dem Gebiet des Kriminalstrafrechts	105
1. Rechtsetzung im vergemeinschafteten Bereich	105
2. Rechtsetzung im Rahmen der intergouverneintalen Zusammenarbeit	108
3. Kompetenzen zur Bekämpfung von Betrug zum Nachteil der EG (Art. 280 EG).	109
II. Bußgeldkompetcnz der Europäischen Gemeinschaft aufgrund pnniärrechtlicher Regelungen.....	111
1. Europäisches Kartcllrecht	III
2. Die vom Gerichtshof und dem Gericht erster Instanz zu verhängenden Geldbußen	113

3. Weitergehende Bußgeldkompetenzen	113
III. Kompetenzen zur Einführung und Verhängung sonstiger repressiver Verwaltungssanktionen	114
1. Strafzuschläge und Kautionsverfall	114
2. Subventionskürzungen, Abzüge und Subventionssperren	115
3. Allgemeiner Teil für ein Europäisches Verwaltungssanktionenrecht.	116
IV. Verpflichtung der Mitgliedstaaten zur Sanktionierung der Verletzung des Gemeinschaftsrechts.	116
1. Verpflichtung der Mitgliedstaaten zum Erlass von Sanktionsnormen	116
2. Inhalt der Richtlinien und Verordnungen, die zum Erlass von Straf- normen verpflichten	118
V Ausdehnung des Anwendungsbereichs der nationalen Strafrechtsordnun- gen (Assimilierungsprinzip).	120
1. Veweisungsnormen im primären Gemeinschaftsrecht	120
2. Verweisungsnormen im sekundären Gemeinschaftsrecht	120
3. Ausdehnung des Schutzes nationaler Vorschriften auf Gemein- schaftsgüter.	121
VI. Anwendungsvorrang des Gemeinschaftsrechts.	121
1. Harmomsichende Wirkung des Anwendungsvorrangs des Gemein- schaftsrechts.	121
2. Vorrang des Gemeinschaftsrechts vor dem nationalen Straf- und Bußgeldrecht	122
3. Vorrang des Gemeinschaftsrechts vor dem nationalen Strafverfahrens- recht	124
VII. Gemeinschaftsrechtskonforme Auslegung.	124
1. Gemeinschaftsrechtskonforme Auslegung des gesamten nationalen Rechts.	124
2. Gemeinschaftsrechtskonforme Auslegung des nationalen Strafrechts	125
VIII. Ausweitung der nationalen Straf- und Bußgeldvorschriften auf Verstöße gegen das Gemeinschaftsrecht durch Blankettstrafgesetze.	127
C. Bekämpfung von Unregelmäßigkeiten zu Lasten des Haushalts der Euro- päischen Gemeinschaft	127
I. Strafrechtlicher Schutz der Finanzinteressen der Europäischen Gemein- schaften	128
1. Schutz der Gemeinschaftseinnahmen.	128
2. Schutz der Gemeinschaftsausgaben.	130
3. Zuständigkeit für die Verfolgung von Unregelmäßigkeiten zu Lasten des EG-Haushalts.	132
II. Schutz der Finanzinteressen der Europäischen Gemeinschaften durch Verwaltungssanktionen und Kontrollmaßnahmen der Kommission	136
1. Verordnung Nr. 2988/95 über den Schutz der finanziellen Interessen der Europäischen Gemeinschaften.	137
2. Verordnung Nr. 2185/96 des Rates vom 11.11.1996 betreffend die Kontrollen und Überprüfungen vor Ort durch die Kommission zum Schutz der finanziellen Interessen der Europäischen Gemeinschaften vor Betrug und anderen Unregelmäßigkeiten.	138
D. Europäische Zusammenarbeit bei der Kriminalitätsbekämpfung in der EU - Bedeutung der „dritten Säule“.	138
I. Internationale Zusammenarbeit zur Kriminalitätsbekämpfung im Rahmen der Konsultationsgruppen TR EVI	139
1. Arbeitsgruppen TREVI.	139
2. Bedeutung der Arbeitsgruppen TREVI für die intergouvernementale Zusammenarbeit	140

Inhalt

II. Zusammenarbeit im Rahmen der Schengener Abkommen	140
1. Übereinkommen betreffend den schrittweisen Abbau der Grenzkontrollen an den gemeinsamen Grenzen vom 1.4.6.1985.	140
2. Durchführungsübereinkommen vom 19.6.1990 zum Übereinkommen betreffend den schrittweisen Abbau der Grenzkontrollen an den gemeinsamen Grenzen (SDÜ).	140
3. Vergemeinschaftung des Schengenbesitzstandes.	142
III. Internationale Kooperation im Rahmen der Polizeilichen und Justiziellen Zusammenarbeit in Strafsachen	142
1. Einbindung der Kriminalitätsbekämpfung in die „dritte Säule“.	142
2. Europol.	143
3. Eurojust	145
4. Europäischesjustizielles Netz	147
E. Beteiligung des EuGH bei der Anwendung des europarechtlich determinierten Straf- und Strafverfahrensrechts.	148
I. Rechtsschutz durch den EuGH zur Sicherstellung der Vorgaben des supranationalen Gemeinschaftsrechts.	148
II. Rechtsschutz durch den EuGH im intergouvernementalen Bereich	149
F. Ausblick	149
I. Bereichsspezifische Harmonisierung des Strafrechts.	149
1. Notwendigkeit einer Vereinheitlichung des Wirtschaftsstrafrechts.	150
2. Angleichung des Umweltstrafrechts.	151
II. Strafrechtlicher Schutz der finanziellen Interessen der Europäischen Gemeinschaften und Einführung einer Europäischen Staatsanwaltschaft	152
1. Konzept für eine Gesamtstrategie zum Schutz der finanziellen Interessen der Europäischen Gemeinschaften.	152
2. Corpus Juris der strafrechtlichen Regelungen zum Schutz der finanziellen Interessen der Europäischen Union	154
3. Geplante Einrichtung einer Europäischen Staatsanwaltschaft	155
III. Vorschläge zur Ausgestaltung eines Europäischen Wirtschaftsstrafrechts.	157
IV. Europäisches Modellstrafgesetz.	158
V. Annäherung der nationalen Strafrechtsordnungen unter Berücksichtigung der Vorgaben internationaler Organisationen.	159
VI. Entwicklung unter der Geltung des Vertrags über eine Verfassung für Europa	159

3. Kapitel. Internationales Wirtschaftsstrafrecht - Erfassung auslandsbezogener Wirtschaftsstraftaten —

(Möhrenschlager)

I. Einleitung.	162
II. Die Einbeziehung des Schutzes ausländischer Rechtsgüter in das deutsche Strafrecht	163
1. Wirtschaftsstraftaten, auf die „allgemeine“ Straftatbestände anwendbar sind	163
2. Ausdehnung von Wirtschaftsstraftatbeständen auf den Schutz ausländischer Rechtsgüter durch „autonome“ Entscheidung des Gesetzgebers	169
3. Ausdehnung von Wirtschaftsstatbeständen auf den Schutz ausländischer Rechtsgüter nach dem Recht der Europäischen Gemeinschaften oder sonst aufgrund völkerrechtlicher Verträge.	175
III. Die Erfassung von grenzüberschreitenden und im Ausland begangenen Wirtschaftsstraftaten nach dem internationalen Strafanwendungsrecht	182
1. Reichweite des Territorialitätsprinzips.	182
2. Aktives und passives Nationalitätsprinzip - Schutzprinzip.	189

3. Prinzip der stellvertretenden Strafrechtspflege („aut dedere aut iudicare“)	191
4. Universalitätsprinzip	192

4. Kapitel. Allgemeine Grundsätze des Wirtschaftsstrafrechts

(Raum)

A. Zurechnung strafrechtlicher Pflichten	197
I. Strafrechtliche Haftung beim Handeln für Unternehmen	197
1. Straftaten mit personalem Einschlag	197
2. Strafvorschriften, die sich auf eine Amts- oder Organwalterstellung beziehen	198
3. Die allgemeine strafrechtliche Zurechnungsnorm des § 14 StGB	198
4. Beendigung der strafrechtlichen Verantwortlichkeit	203
5. Strafrechtliche Verantwortlichkeit des Organs in eigenen Angelegenheiten	204
II. Strafrechtliche Folgen von Gesamt- und Ressortverantwortung innerhalb von Unternehmensorganen	205
1. Strafrechtliche Beurteilung gemeinsamer Beschlussfassung	205
2. Fehlende Befassung des Gesanitorgans	207
3. Delegation an Mitarbeiter	208
4. Vorsatzanforderungen	209
5. Gremienhaftung bei Fahrlässigkeitstaten	210
6. Strafrechtliche Haftung von Aufsichtsgremien	210
III. Begehensformen bei strafbarem Handeln in Unternehmensstrukturen	213
1. Organisationsdelikte	213
2. Beteiligung bei Sonderdelikten	216
IV Strafrechtlich relevante Pflichtenstellungen	217
1. Interne Pflichten	217
2. Pflichten gegenüber dem Staat	229
B. Strafzumessung in Wirtschaftssachen	234
I. Schadensumfang	235
1. Schätzung	236
2. Schadenskausalität	238
3. Schadensbewertung	238
4. Kompensationsverbot und Schuldumfang	243
5. Unisatzsteuerkarusselle	243
6. Schuldumfang bei anderen Vermögensdelikten	244
7. Zeitmoment als Strafzumessungsfaktor	250
II. Geldstrafe neben Freiheitsstrafe	252
III. Täter-Opfer-Ausgleich	252
IV. Sicherungsverwahrung bei Wirtschaftstätern	252
V. Sanktionen gegen juristische Personen (§30 OWiG)	253
1. Handeln als Vertreter oder Verantwortlicher	253
2. Anknüpfungstat	254
3. Ahndung	254
4. Verfahrensrechtlicher Zusammenhang zwischen Strafverfolgung und Festsetzung der Verbandsgeldbuße	254

5. Kapitel. Geldwäsche und Organisierte Wirtschaftskriminalität

(Reich)

I. Die Geldwäsche	258
1. Der Tatbestand der Geldwäsche nach §261 StGB	259
2. Das Geldwäschegesetz	265
3. Formen der Geldwäsche	266

Inhalt

4. Die Pflichten nach dem GwG	269
5. Der Ablauf des Clearingverfahrens	274
6. Schwierigkeiten bei der Umsetzung in der Praxis	279
II. Organisierte Wirtschaftskriminalität	281
1. Einleitung	281
2. Anlagevermittlung	282
3. Verkauf von Diamanten	284
4. Anlagebetrug	285
5. Plünderung einer AG	286
6. Kompensationsbetrug	286
7. Bankgarantiehandel	286
8. Lastschriftkarusselle	287
9. Phishing	287
10. Rip-Dcal	288
11. Wash, wash	289
12. Fazit	289

6. Kapitel. Insolvenz - Materieilrechtlicher Teil

•(Beck)

A. Einführung	293
I. Volkswirtschaftliche Dimensionen der Insolvenzen	293
ii. Zur Insolvenzordnung	294
1. Reformentwicklung	294
2. Zielsetzung und Schwerpunkte der insO	295
III. Insolvenzziele und Umsetzungsalternativen	297
1. Allgemeines	297
2. Die Regelinsolvenz	297
3. Der Insolvenzplan	299
4. Verbraucherinsolvenz- und sonstige Kleinverfahren	302
5. Exkurs: Die Eigenverwaltung	304
6. Exkurs: Die Restschuldbefreiung	305
IV. Insolvenzrecht und Strafrecht	307
1. Insolvenzstrafrecht im Spiegel der Statistik	307
2. Auswirkungen der Insolvenzrechtsreform auf das Strafrecht	310
3. Objektive Strafbarkeitsbedingung des § 283 Abs. 6 StGB und die Neuerungen der insO	311
B. Insolvenzrechtliche Grundlagen	312
I. Insolvenzauslöser	312
1. Grundsatz	312
2. Zahlungsunfähigkeit	313
3. Drohende Zahlungsunfähigkeit	317
4. Überschuldung	320
II. Insolvenzantragspflichten	325
1. Grundsatz	325
2. Einzelgesetzliche Normierung	326
3. Folgen der Pflichtverstöße	326
III. Gerichtliche Sofortmaßnahmen im Eröffnungsverfahren	327
1. Der Maßnahmenkatalog im Überblick	327
2. Sachverständigengutachten	327
3. Sicherungsmaßnahmen	327
4. Rechtsstellung des vorläufigen Insolvenzverwalters	328
IV. Entscheidung des Insolvenzgerichts	330
1. Abweisung mangels Masse und ihre Folgen	330

2. Eröffnung des Verfahrens.	331
3. Bindungswirkung für das Strafrecht	331

7. Kapitel. Insolvenz - Strafrechtlicher Teil

(Köhler)

A. „Klassisches“ Insolvenzstrafrecht	337
I. Allgemeines.	337
1. Vorbemerkung	337
2. Die gesetzlichen Grundlagen.	337
3. Täterkreis.	339
II. Insolvenzverschleppung	339
1. Allgemeines.	339
2. GmbH	342
3. OHG, KG, GmbH & Co. KG und EWIV.	350
4. AG, KGaA und Genossenschaft	353
III. Bankrott	356
1. Allgemeines.	356
2. Einzelne Tatbestände des §283 StGB.	363
3. Verhältnis zu Untreue; Interessenformel des BGH.	370
4. Subjektiver Tatbestand; Versuch.	371
IV. Verletzung der Buchführungspflicht (§283 b StGB).	373
V. Gläubiger- und Schuldnerbegünstigung	374
1. Gläubigerbegünstigung.	374
2. Schuldnerbegünstigung	378
VI. Betrug (Lieferantenbetrug).	381
1. Allgemeines.	381
2. Täuschungshandlung	382
3. Irrtum. „“	382
4. Vermögensschaden.	383
5. Vollendung	384
6. Täterschaft	384
VII. Untreue	385
1. Allgemeines.	385
2. Typische Untreuehandlungen.	385
3. Einverständnis und Weisungen der Gesellschafter.	386
4. Sonderfragen.	387
VIII. Vorenthalten und Veruntreuen von Arbeitsentgelt	388
1. Der Arbeitgeber als Verantwortlicher.	389
2. Der Sozial Versicherungsbeitrag als Tatgegenstand.	390
3. Das Vorenthalten alsTathandlung.	390
4. Subjektiver Tatbestand.	395
5. Strafe und Nebenfolge.	396
6. Strafbefreiende Selbstanzeige.	396
7. Konkurrenzen.	396
8. Notwendiger Inhalt von Anklage und Urteil.	397
IX. Sonstige Insolvenzstraftaten i. w. S.	398
1. Falsche Versicherung an Eides statt.	398
2. Unterschlagung.	399
3. Kreditbetrug; Wechsel- und Scheckbetrug.	399
4. Steuerstraftaten.	400
B. Strafrechtliche Besonderheiten.	401
1. Der faktische Geschäftsführer.	401
1. Bestimmung des faktisch Verantwortlichen.	401

Inhalt

2. Strafbarkeit wegen Insolvenzverschleppung	403
3. Strafbarkeit wegen Bankrotts	404
4. Untreuehandlungen	405
5. Sonstige Straftaten	406
II. Spezielle kriminelle Machenschaften	406
1. Die geplante oder gesteuerte Insolvenz	406
2. Kriminelle Firmensanierer	407
C. Straftaten nach Insolvenzantrag	410
I. Straftaten im Eröffnungsverfahren	410
II. Strafbares Handeln nach Insolvenzeröffnung	411
1. Der Schuldner als Täter	411
2. Der (bisherige) Geschäftsführer als Täter	412
3. Der Insolvenzverwalter als Täter	413
III. Strafbares Handeln nach Ablehnung mangels Masse	417
1. Insolvenzstraftaten I. e. S.	417
2. Insolvenzstraftaten i. w. S.	418
D. Ermittlungen	419
I. Einleitung von Ermittlungen	419
II. Durchführung erster Ermittlungsschritte	420
1. Vorbemerkung	420
2. Zusammenarbeit zwischen Staatsanwaltschaft und Kriminalpolizei	420
3. Handelsregisterauskünfte und -akten	421
4. Auskünfte aus dem Gewereregister und Gewerbezentralregister	421
5. Anfragen beim Vollstreckungsgericht	422
6. Gerichtsvollzieherauskünfte	423
7. Auswertung der Akten des Insolvenzgerichts	424
8. Kontaktaufnahme zum Gutachter oder Insolvenzverwalter	427
9. Anfragen bei sonstigen Stellen	428
III. Weitere Ermittlungen	429
1. Durchsuchung, Beschlagnahme und Ähnliches	429
2. Zeugenanhörung und -Vernehmung; Umfeldermittlungen	434
3. Auswertung der Unterlagen; Umfang weiterer Ermittlungen	435
E. ABC des „klassischen Verteidigungsvorbringens“	436

8. Kapitel. Straftaten im Bankbereich

(*Knierim*)

A. Bank- und Finanzwesen	446
I. Bankengruppen in Deutschland	446
1. Überblick	446
2. Institutsarten und Rechtsgrundlagen	448
II. Bankinterne Organisation und Kontrolle	454
1. Grundschemata der Organisation	454
2. Innenrevision der Banken	456
3. Geldwäschebeauftragte	456
4. Kriminalprävention durch Organisation	457
5. Verstöße gegen die Organisations-, Aufsichts- und Anzeigepflichten	457
III. Bankexterne Sicherung und Kontrolle	458
1. Prüfungseinrichtungen der Banken und Bankgruppen	458
2. Aufsicht durch die BaFin	458
3. Schutzverbände für Kreditsicherung	459
IV. Strafprozessuale Besonderheiten	459
1. Allgemeines	459
2. Sachliche Beweismittel	459

3. Effektive Kontenauswertung	465
4. Bankgeheimnis im Strafverfahren	465
5. Mitteilungen und Auskünfte der BAFin	467
6. Auskunft und Zeugenvernehmung	467
7. Entschädigung für Ermittlungsmaßnahmen	468
B. Geld- und Zahlungsverkehr	468
I. Kassengeschäfte	468
1. Bargeldgeschäfte	468
2. Edelmetall-, Wertpapier- und Devisengeschäfte	468
3. Zahlungsmittel im Strafrecht	469
II. Nationaler Zahlungsverkehr und Kontoführung	474
1. Konten und Kontoverfügungen	474
2. Überweisungen	478
3. Lastschriftverfahren	481
III. Scheck- und Kreditkarten	485
1. Bedeutung von Scheck-, Kredit- und Geldkarten	485
2. Missbräuchliche Erlangung einer Kreditkarte	486
3. Missbräuchliche Verwendung der Kreditkarte	487
IV Scheck und Wechsel	487
1. Einführung	487
2. Betrug zum Nachteil der Bank	488
3. Untreue durch Tolerierung einer Scheck- oder Wechselreiterei	491
V. Internationaler Zahlungsverkehr	491
1. Bedeutung des internationalen Zahlungsverkehrs	491
2. Missbrauch des Auslandszahlungsverkehrs	491
3. Strafrechtliche Beurteilung	494
C. Kreditgeschäfte der Banken	494
I. Allgemeines	494
1. Kreditbegriff, Kreditarten und Kreditrisiko	494
2. Kreditsicherheiten	498
3. Irreführende Kreditanpreisung	501
4. Wucherischer Kredit	501
II. Manipulationen zur Erlangung eines Kredites	502
1. Der Erstkredit	502
2. Verhalten während der Laufzeit eines Kredites	504
3. Kreditverlängerung oder -erhöhung	505
III. Missbräuchliche Kreditgewährung	506
1. Motivlage von Bankenmitarbeitern	506
2. Kompetenzregelungen für die Kreditvergabe	506
3. Manipulations- oder Verschleierungshandlungen	508
4. Verstoß gegen die Offenlegungspflicht des § 18 KWG	510
5. Andere pflichtwidrige Handlungen	511
6. Schadensberechnung bei der Untreue	514
7. Subjektive Tatseite bei Untreuehandlungen	515
IV Kredite in Kundenkrise und Insolvenz	516
1. Verhalten der Bank in der Kundenkrise	516
2. Missbräuchliche Ausübung der Bankenmacht	517
V. Besondere Kredite	519
1. Subventionskredit	519
2. Verbraucherkredite	521
VI. Factoringgeschäfte	523
1. Bedeutung	523
2. Missbrauch von Factoringvereinbarungen	524

Inhalt

3. Strafbarkeit	526
D. Bankspezifische Strafnormen	527
1. Einführung	527
2. Unerlaubte Bankgeschäfte, § 54 KWG	532
3. Unbefugte Offenbarung §§ 55 a-55 b KWG	533
4. Ordnungswidrigkeit §§ 56, 59 KWG	534
5. Depotunterschlagung und falsche Depotanzeigen	536
6. Ungedeckte Pfandbriefemissionen	537
7. Insolvenz von Finanzinstituten, § 55 KWG	539

9. Kapitel. Kriminalität im Wertpapierhandel

(Bentier)

I. Gemeinsame Einführung	547
1. Die Entwicklung des Kapitalmarktstrafrechts	547
2. Die Risiken des Anlegers	549
3. Die Europäische Richtliniengesetzgebung	549
II. Der Wertpapiermarkt	550
1. Die Rechtsnatur der Börsen	550
2. Der Primärmarkt	551
3. Der Sekundärmarkt	551
4. Die Struktur der Börsen in Deutschland	551
5. Computerunterstützte Wertpapierhandelssysteme	552
6. Die Überwachung der Börsengeschäfte	554
7. Die Legaldefinitionen des Wertpapierhandels	555
8. Die Aufsicht über den Wertpapierhandel	555
9. Die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht	555
10. Börsenaufsichtsbehörden der Bundesländer	556
11. Handelsüberwachungsstellen an den Börsen	556
12. Der Sanktionsausschuss	557
13. Complianccorganisationen (Compliance Officer)	558
14. Besonderheiten bei Beweisquellen	558
15. Datenmaterial der Börsen	558
16. Datenmaterial der BaFin	558
17. Dokumentationen von Fernsprechdaten	559
18. Insiderverzeichnisse	560
19. Die Verdachtsanzeige nach § 10 WpHG	560
III. Insiderstraftaten	562
1. Insiderstrafrecht und Marktüberwachung	562
2. Die Rückausnahmen von den Verboten (Safe Harbour)	564
3. Die Verdachtsstufen bei Insiderermittlungen	564
4. Verdacht einer Insiderstraftat	565
5. Besonderheit eines Insiderauftrages	566
6. Der Insider und die Information aus der Straftat	566
7. Insiderpapier	566
8. Handeln mit Insiderpapieren	567
9. Beispielsfälle Insider	567
10. Fahrlässige Unkenntnis	569
11. Scalping durch Börsenjournalisten	569
12. Insiderinformation	570
13. Insidercigenschaft und Bekanntwerden	571
14. Die Insiderinformation aus der Emittentensphäre	571
15. Erheblichkeit der sofort mitzuteilenden neuen Insiderinformation	571
16. Die Insiderinformation aus der ITändlersphäre	572

17. Die Insiderinformation im Wirkungsbereich des Skontroführers	573
18. Die Orderlage als Insiderinformation	573
19. Frontrunning	574
20. Öffentliches Bekanntwerden	575
21. Erheblichkeit der Insidertatsache	576
22. Kursbeeinflussungspotential	577
23. Ursachen für Kursschwankungen	577
24. Ausnutzen oder Verwenden	577
25. Strafbarkeit des Versuches nach § 38 Abs. 3	578
26. Strafbarkeit bei leichtfertiger Unkenntnis nach § 38 Abs. 4	579
27. Insiderhandel auch durch Unterlassen?	579
IV. Manipulation von Markt- und Börsenpreisen	579
1. Entwicklung der Strafverfolgung der Kursmanipulation	579
2. Entwicklung der Überwachung durch Sicherung der Handelsdaten	580
3. Die Neuordnung des Manipulationsverbotes	580
4. § 20 aWpHG Verbot der Kurs- und Marktpreismanipulation	581
5. Der Emittentenleitfaden	583
6. Das gesetzliche Manipulationsverbot nach dem WpHG	583
7. Präventive und repressive Kompetenzen der BaFin	585
8. Der Börsenpreis	586
9. Die gesamtschuldnerische Bedeutung des Börsenpreises	586
10. Die kapitalmarktbezogene Bedeutung der Preisfeststellung	587
11. Legaldefinition und Ermittlung des Börsenpreises	588
12. Voraussetzungen für die Ermittlung von Börsenpreisen	588
13. Zustandekommen von Börsenpreisen	588
14. Zustandekommen von Börsenpreisen im elektronischen Handel	588
15. Feststellung von Börsenpreisen im Präsenzhandel	589
16. Verbotenes Einwirken auf den Börsenpreis	589
17. Die Einwirkungsziele	591
18. Informationsbezogene Einflussnahme auf die Börsenpreisbildung	591
19. Der manipulative Eingriff durch Ad-hoc-Mitteilungen	592
20. Einwirken auf den Börsenpreis durch tatsächliches Handeln	595
21. Einwirken auf den Börsenpreis durch manipulierte Aufträge	595
22. Kursabweichung durch Eigenhandel	595
23. Kompensation oder Crossing	596
24. Manipulation der Honorarabrechnung	596
25. Manipulation zum Steuerstichtag	596
26. Verdeckter Eigenhandel	597
27. Manipulation des Devisenkurses	597
28. Beeinflussung durch Medien	597
29. Gerüchte	598
30. Preisbewegung durch Finanzanalysen	598
31. Vorteilszielsetzung	598
32. Market Corner in Deutschland	599
33. Informationsgestützte Manipulation und presserechtliche Verjährung	599
34. Safe-Harbour-Regeln	600
35. Safe Harbours nach der MaKonV	600
36. In keinem Fall strafbar?	601
37. Anzeigepflicht bei Manipulationsverdacht	602
V. Straftaten nach dem Kreditwesengesetz	602
1. Erbringen von Finanzdienstleistungen ohne Erlaubnis	602
2. Der Straftatbestand	603
3. Erlaubnis für die Erbringung von Finanzdienstleistungen	603

Inhalt

4. Erlaubnispflichtige Finanzdienstleistungen	604
5. Finanzinstrumente	605
6. Die Geschäftstätigkeit	605
7. Legaldefinitionen	605
8. Exkurs: Unerlaubte Bankgeschäfte	606
9. Gewerbsmäßigkeit	607
10. Überwachung durch die BaFin	607
11. Vorsatz und Fahrlässigkeit	608
12. Verfolgung unerlaubter Bankgeschäfte und Finanzdienstleistungen	608
13. Bankgeheimnisse	608
VI. Straftaten nach dem Börsengesetz	609
1. Die Verleitung Unerfahrener zu Börsenspekulationsgeschäften	609
2. Bedeutung der Strafvorschrift	610
3. Der Begriff Unerfahrenheit	611
4. Information und Unerfahrenheit	612
5. Information und Qualität	612
6. Verträge über Indexzertifikate und Investmentfondsanteilen	613
7. Verhaltensregeln und Organisationspflichten	613
8. Verdachtsanzeigen nach § 10 WpHG und Börsenstrafaten	613
9. Unerfahrenheit und Cold Calling	614
10. Vorsatz	614
11. Die Überwachung der Dienstleister	614

10. Kapitel. Korruption

(Bannenberg)

I. Allgemeines	618
1. Phänomen Korruption	618
2. Korruptionsstrukturen in Deutschland	620
3. Weiter Korruptionsbegriff	622
4. Strafrechtlicher Korruptionsbegriff	622
5. Deutschland im internationalen Vergleich	622
6. Statistik — Verbreitung der Korruption	623
7. Dunkelfeld	626
8. Schädlichkeit der Korruption	628
9. Öffentliches Dienstrecht	630
10. Korruptionsprävention in den Ländern	633
11. Vergabewesen	635
12. Korruptionsprävention in der Wirtschaft	636
II. Materielles Strafrecht	637
1. Überblick	637
2. Bestechungsdelikte (§§ 331-335 StGB)	640
3. Angestelltenbestechung, §§ 299, 300 StGB	662
4. Internationale Korruption und deutsches Strafrecht	664
5. Wettbewerbsbeschränkende Absprachen bei Ausschreibungen, § 298 StGB	666
6. Betrug, § 263 StGB	667
7. Untreue, § 266 StGB	672
8. Politische Korruption und Abgeordnetenbestechung, § 108e StGB	675
9. Steuerhinterziehung	676
10. Korruption und Sport	677
11. Die Auswirkungen des amerikanischen Strafrechts auf deutsche Unternehmen	680
III. Ermittlungen bei Korruptionsdelikten	683

1. Notwendige Spezialisierung der Strafverfolgung	683
2. Anzeigepflicht und Erkenntnisquellen	684
3. Strafprozessuale Ermittlungsmaßnahmen	685
4. Vorschläge zur Intensivierung der Strafverfolgung gegen Korruption	687
5. Untersuchungshaft	689
6. Telefonüberwachung und Wohnraumüberwachung	690
7. Vertraulichkeitszusage	691
IV. Ausblick	692

11. Kapitel. Straftaten im Gesundheitswesen

(Janovsky)

I. Das Gesundheitswesen	695
II. Der Abrechnungsbetrug	696
1. Das legale Abrechnungssystem des Kassenarztes	696
2. Das System der Leistungsziffern	697
3. Die Krankenhausbehandlung	697
4. Die Typologie der Täuschungshandlungen	698
5. Strafrechtliche Bewertung	702
6. Die Aufgaben der Kassehärtlichen Vereinigungen	702
7. Stelle nach § 81 a SGB V	705
8. Die Unterstützung durch die Krankenkassen	706
9. Abrechnungsmanipulationen beim Privatpatienten	706
10. Das rechtswidrige Abbedingen der Regelsätze der ärztlichen Gebührenordnung	710
11. Besonderheiten im Ermittlungsverfahren	711
III. Der Zahnarzt- und Dentalbereich	715
1. Zahnersatzleistungen	715
2. Einbehalten von Altzahngold	717
3. Vereinbarung von Nachlässen	717
4. Betrug z. N. der Zusatzversicherung	717
IV Straftaten im Pharmazie- und Rezeptbereich	718
1. Rezeptabrechnung der Apotheken	718
2. Der Wareneinkauf per Rezept	719
3. Die Sprechstundenbedarfsrezepte	719
4. Beteiligung am Rezeptumsatz	720
5. Betrug mit reimportierten Arzneimitteln	720
6. Die unrichtige Verordnung von Arzneimitteln	720
7. Abgabe von Klinikpackungen	721
8. Ermittlungshinweise	721
V. Kuren, Heil- und Hilfsmittel	721
1. Der kostenlose Saunabesuch	721
2. Die Anschlussheilbehandlung	722
3. Die Kaffeefahrt	722
4. Unrichtige Abgabe von Heil- und Hilfsmitteln	723
5. Häusliche Pflegedienste	723
VI. Der illegale Tierarzneimittelmarkt	723
1. Die Abgabe von Tierarznei mitteln durch den Tierarzt	723
2. Der illegale Tierarzneimittelmarkt	7-24
3. Strafrechtliche Bewertung	725
4. Ermittlungshinweise	726

Inhalt

12. Kapitel. Computerkriminalität

(Bär)

A. Einleitung und Begriff der Computerkriminalität	735
I. Entwicklungen zur Informationsgesellschaft	735
II. Begriff der Computerkriminalität und Überblick	736
1. Begriff der Computerkriminalität	736
2. Überblick zu Deliktsformen	737
B. Einzelne Deliktsformen	739
I. Computerbetrug (§ 263 a StGB)	739
1. Unrichtige Gestaltung des Programms	741
2. Verwendung unrichtiger oder unvollständiger Daten	742
3. Unbefugte Verwendung von Daten	742
4. Unbefugte Einwirkung auf den Ablauf	747
5. Beeinflussung des Ergebnisses eines Datenverarbeitungsvorgangs	748
6. Vermögensschaden	748
7. Subjektiver Tatbestand und Konkurrenzen	749
8. Probleme des Tatnachweises	749
II. Elektronische Urkundendelikte (§§269, 270, 274 StGB)	750
1. Inhalt und einzelne Tatbestände	750
2. Fälschung beweis erheblicher Daten (§§269, 270 StGB)	751
3. Unterdrückung beweis erheblicher Daten (§ 274 Abs. 1 Nr. 2 StGB)	754
4. Probleme des Tatnachweises	754
III. Ausspähen von Daten (§202 a StGB)	755
1. Daten i. S. d. § 202 a Abs. 2 StGB	756
2. Datenbestimmung	757
3. Besondere Zugangssicherung	759
4. Unbefugtes Verschaffen der Daten	760
5. Subjektiver Tatbestand, Konkurrenzen	761
6. Probleme des Tatnachweises	761
IV. Datenveränderung und Computersabotage (§§303 a, 303 b StGB)	762
1. Computerviren und andere Sabotageprogramme	763
2. Datenveränderung (§303 a StGB)	764
3. Computersabotage (§ 303 b StGB)	768
4. Probleme des Tatnachweises	771
V. Illegale Nutzung von Programmen (§§ 106 ff. UrhG)	771
1. Schutzfähigkeit von Computerprogrammen	773
2. Vervielfältigung	775
3. Verbreitung	776
4. Subjektiver Tatbestand/Verfolgungsvoraussetzungen	777
5. Strafbare Eingriff in fremde Schutzrechte und technische Schutzmaßnahmen (§ 108 und § 108 b UrhG)	778
6. Probleme des Tatnachweises	778
VI. Persönlichkeitsverletzungen	779
VII. Verrat von Betriebs- und Geschäftsgeheimnissen	780
1. Tatbestand und Rechtsgut	780
2. Geschäfts- und Betriebsgeheimnisse als Tatobjekt	781
3. Tathandlungen des § 17 UWG	781
4. Subjektiver Tatbestand, Konkurrenzen	783
5. Probleme des Tatnachweises	784
C. Straftaten in Datennetzen	785
I. Allgemeine Fragen und bisherige Verfahren	785
J. Bisherige Verfahren	785

2. Abgrenzung von Telediensten, Mediendiensten und Rundfunk	788
3. Beteiligte Personen und Verantwortlichkeit	788
4. Bedeutung der Verantwortlichkeitsregeln für das Strafrecht	789
II. Verantwortlichkeit der einzelnen Beteiligten	789
1. Verantwortlichkeit der Anbieter	789
2. Verantwortlichkeit der Provider	790
3. Verantwortlichkeit der Nutzer	794
III. Verantwortlichkeit für Hyperlink	795
IV. Probleme des Tatnachweises	796
1. Anwendbarkeit des deutschen Strafrechts	797
2. Rückverfolgung von Straftätern	798
D. Zusammenfassung und Ausblick	799

13. Kapitel. Schutz von Geschäfts- und Betriebsgeheimnissen

(Möhrenschlager)

I. Einleitung	803
II. Schutz im Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb	804
1. Geheimnisverrat (§ 17 Abs. 1 UWG)	804
2. Geschäfts-/Betriebsspionage (§ 17 Abs. 2 Nr. 1 UWG)	812
3. Geheimnishochkrei (§ 17 Abs. 2 Nr. 2 UWG)	814
4. Sanktionen (auch bei besonders schweren Fällen) und sonstige Rechtsfolgen	817
5. Verwertung von Vorlagen (§ 18 UWG)	817
6. Versuch und Vorbereitungshandlungen	819
7. Voraussetzungen der Verfolgung von auslandsbczogenen Verstößen	820
8. Strafverfolgungsvoraussetzungen (§ 17 Abs. 5, § 18 Abs. 3, § 19 Abs. 4 UWG)	820
III. Schutz durch andere strafrechtliche Regelungen	821
1. Gesellschafts-, wirtschafts- und arbeitsrechtliche Strafvorschriften	822
2. Strafvorschriften zum Schütze von Privat- und Dienstgeheimnissen	824
3. Staatsschutzstrafrecht	825
IV. Hinweise zu präventiven Maßnahmen	826
1. Personelle und rechtliche Schutzmaßnahmen	828
2. Organisatorische und technische Sicherungsmaßnahmen	830

14. Kapitel. Strafbare Werbung

(Solß)

I. Werbung als Instrument der Wirtschaftskriminalität	834
II. Schwindel mit Arbeitsplätzen und Nebenverdienst	835
1. Vorgetäushtes Anstellungsverhältnis	835
2. Heimarbeiterschwindel	836
3. Attraktive Auslandsjobs	837
4. Bauernfängerei mit Servicenummern	837
III. Dubiose Chiffreanzeigen	838
IV. Kredite für jedermann	839
V. Sammlungen zu angeblich sozialen Zwecken	840
VI. Missstände bei der Haustürwerbung	842
1. Kein generelles Verbot	842
2. Schwindel beim Zeitschriftenvertrieb	842
3. Strafbarkeitsvoraussetzungen	843
4. Erforderliche Sachverhaksfeststellungen	844
5. Selbsthilfemaßnahmen der Wirtschaft	844
VII. Bauernfängerei mit Kaffeefahrten	845

Inhalt

1. Als Ausflug getarnte Verkaufsveranstaltungen	845
2. Rechtliche Beurteilung	846
3. Widerrufsrecht auch bei Fahrten über die Grenze	847
4. Vergleichbare Missstände bei anderen Verkaufsveranstaltungen	847
VIII. Werbung mit Mondpreisen	847
1. Vorgetäuschte Preisreduzierungen	847
2. Beweisprobleme bei der Rechtsverfolgung	848
IX. Manipulierte Räumungsverkäufe	849
1. Beliebtetes Lockmittel zur Umsatzsteigerung	849
2. Organisierter Schwindel durch professionelle Täter	850
3. Defizite bei der Strafverfolgung	851
X. Orientteppichschwindel	852
1. Der Zwangsvollstreckungstrick	852
2. Verwertung sichrungsübereigneter oder verpfändeter Teppiche	854
3. Schwindel mit Wanderlagern	854
4. Missstände bei Räumungsverkäufen	855
XI. Heil- und Arzneimittelschwindel	856
1. Straftaten im Reisegewerbe	856
2. Publikumswerbung	857
XII. Progressive Kundenwerbung	857
XIII. Kettenbriefe und Pyramidenspiele	859
1. Kettenbriefaktionen	859
2. Pyramidenspiele	860
XIV. Anzeigen- und Adressbuchschwindel	861
1. Versand fingierter Rechnungen	862
2. Sonstige Schwindelmethoden	863
3. Möglichkeiten des Zivilrechts	863
4. Gegenmaßnahmen der Wirtschaft	864
5. Strafrechtliche Beurteilung	865
XV. Geldmacherei mit Abmahnungen	867
1. Viel Ertrag mit wenig Aufwand	867
2. Abmahnvereine	868
3. Abmahnungen durch Pseudo-Wettbewerber	868
4. Strafrechtliche Beurteilung	869
XVI. Pressespezifische Besonderheiten	870
1. Strafprozessuale Aspekte	870
2. Verjährung	870

15. Kapitel. Produkt- und Markenpiraterie

(Möller)

I. Einleitung	873
II. Die Definition von Produkt- und Markenpiraterie	873
1. Statistisches Datenmaterial	874
2. Produkt- und Markenpiraterie — eine Branchenübersicht in Zahlen	876
3. Tätergruppen und Vertriebswege	877
III. Gesetzeslage	879
1. Produktpirateriegesetz	879
2. Kurzübersicht und-definition der gewerblichen Schutzrechte	880
3. Markenrechtliche Straftatbestände	881
4. Strafrechtliche Einzichung/Adhäsionsverfahren § 143 Abs. 5 MarkenG	884
5. Weitere mögliche Straftatbestände	885
IV. Ermittlungsproblem bzw. typische Problemstellungen der strafrechtlichen Verfolgung	887

1. Supranationale und bundesdeutsche Sicherstellungsregelungen	887
2. Staatsanwaltschaft	888
3. Verwertung sichergestellter Fälschungsware	891
V. Spezifische Urheberrechtsprobleme	892
VI. Die privat rechtliche Situation bei Produkt- und Markenpiraterieverletzungen	893
VII. Präventionsmöglichkeiten	894
VIII. Gegenmaßnahmen der deutschen Wirtschaft	894
IX. Wichtige Kontaktadressen	895
X. Schutzrechte im Überblick	896

16. Kapitel. Kartellstraf- und -ordnungswidrigkeitenrecht

(Dannecker)

A. Schutz des freien Wettbewerbs durch straf- und bußgeldrechtliche Sanktionsvorschriften	908
I. Schutz des Wettbewerbs	908
II. Überblick über die Wettbewerbs- und Sanktionsvorschriften	908
1. Wettbewerbsvorschriften	908
2. Sanktionsvorschriften	910
B. Strafbare Subnissionsabsprachen	910
I. Die durch Submissionsabsprachen verursachten Schäden	911
II. Erscheinungsformen der Submissionsabsprachen	912
1. Absprachen zwischen Marktteilnehmern auf überschaubaren Märkten	912
2. Submissionsabsprachen und Korruption	913
3. Nutzung des Nachverhandlungsverbots und Erteilung von Komplettaufträgen	913
III. Strafbarkeit von Submissionsabsprachen als Betrug	914
1. Rechtsprechung des Reichsgerichts und des Bundesgerichtshofs bis zumjahre 1992	914
2. Änderung der Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs in den „Rheinausbau“-Entscheidungen	914
IV Wettbewerbsbeschränkende Absprachen bei Ausschreibungen (§298 StGB)	920
1. Geschütztes Rechtsgut und Ausgestaltung als abstraktes Gefährdungsdelikt	920
2. Ausschreibungen über Waren oder gewerbliche Leistungen	921
3. Abgabe eines Angebots	921
4. Angaben über Waren oder gewerbliche Leistungen	922
5. Rechtswidrige Absprache	922
6. Veranlassen eines bestimmten Angebots als Ziel der Absprache	923
7. Vorsatz	923
8. Steuerliche Abzugsfähigkeit	923
9. Tätige Reue	923
10. Verjährung	924
11. Konkurrenzen	924
V. Submissionsabsprachen als Kartellordnungswidrigkeiten	925
VI. Verfahrensrecht	925
1. Zuständigkeit der Staatsanwaltschaft und der Wirtschaftsstrafkammer	925
2. Zuständigkeit für die Verhängung von Unternehmenssanktionen	926
C. Nationales Kartellrecht	927
I. Neuregelung durch die siebte Kartellrechtsnovelle	927
II. Regelungen und Systematik des GWB	928

Inhalt

1. Normadressaten	928
2. Materielle rechtliche Regelungen über Wettbewerbsbeschränkungen.	928
3. Zivil- und verwaltungsrechtliche Sanktionen	929
4. Fusionskontrolle	929
5. Kartellbehörden und Verfahrensvorschriften einschließlich Bußgeldvorschriften.	929
III. Bußgeldrecht und Systematik der Kartellordnungswidrigkeiten.	929
1. Neuerungen durch die siebente GWB-Novelle.	929
2. Blankettgesetzcharakter: Erfordernis des Zusammenlesens von verweisendem und ausfüllendem Gesetz.	930
3. Struktur der Bußgeldnormen.	930
4. Schwerwiegende Zuwiderhandlungen gegen die materiellen Wettbewerbsverbote.	931
5. Leichtere Zuwiderhandlungen.	932
IV. Bußgeldrechtliche Besonderheiten der Wettbewerbsverbote	933
1. Verbot wettbewerbsbeschränkender Vereinbarungen nach Art. 81 EG und des Missbrauchs marktbeherrschender Stellungen nach Art. 82 EG	933
2. Verbot wettbewerbsbeschränkender Vereinbarungen nach § 1 GWB	933
3. Umgehungsverbote.	935
4. Verbot des Missbrauchs einer marktbeherrschenden oder marktstarken Stellung.	936
5. Diskriminierungsverbot und Verbot unbilliger Behinderung.	939
6. Boykottverbot	940
7. Aufnahmepflicht	940
V. Zusammenschlusskontrolle (Fusionskontrolle).	941
1. Ziel der Zusammenschlusskontrolle.	941
2. Anwendungsbereich der Zusammenschlusskontrolle.	941
3. Anmeldepflicht von Zusammenschlüssen.	942
4. Fusionskontrollverfahren.	942
5. Bußgeldtatbestände.	942
VI. Normadressaten der Bußgeldvorschriften und Ahndung juristischer Personen.	943
1. Ahndbarkeit natürlicher Personen über die Zurechnung gemäß §9 OWiG.	943
2. Ahndbarkeit natürlicher Personen wegen Aufsichtspflichtverletzung gemäß § 130 OWiG.	943
3. Ahndbarkeit juristischer Personen und Personenvereinigungen gemäß § 30 OWiG	944
VII. Bußgeldbemessung und Eintragung in das Gewerbezentralregister.	945
1. Höchstmaß der Geldbuße	945
2. Vorteilsabschöpfung	945
3. Bußgeldbemessung bei natürlichen Personen.	946
4. Bußgeldbemessung bei juristischen Personen und Personenvereinigungen.	947
5. Bonusregelung des Bundeskartellamts.	947
6. Eintragung in das Gewerbezentralregister.	950
D. Europäisches Kartellordnungswidrigkeitenrecht	951
I. Rechtsgrundlagen und Entstehungsgeschichte der wettbewerbsrechtlichen Bußgeld Vorschriften.	951
II. Kartellrechtliche Verbotsnormen	953
1. Verbot horizontaler und vertikaler Vereinbarungen und abgestimmter Verhaltensweisen (Art. 81 Abs. I EG).	953
2. Missbrauch einer marktbeherrschenden Stellung (Art. 82 EG).	956

III. Dogmatische Einordnung und Ausgestaltung der Bußgeldtatbestände.	957
1. Sonderdeliktcharakter und Ausgestaltung als Blankettgesetze.	957
2. Sanktionierung von Verfahrensverstößen und Verletzungen des materiellen Kartellrechts.	957
IV. Allgemeiner Teil des Kartellordnungswidrigkeitenrechts.	959
1. Adressaten der Bußgeldvorschriften.	959
2. Zurechnung des Verhaltens natürlicher Personen.	962
3. Vorsatz und Fahrlässigkeit.	963
4r~Geltung strafrechtlicher Fundamentalgarantien.	963
V Bußgeldbemessung.	964
1. Entwicklung der Sanktionspolitik bis zur Einführung der Leitlinien zur Bußgeldbemessung.	964
2. Leitlinien zur Bußgeldbemessung m Kartellverfahren aus dem Jahr 1998.	964
3. Leitlinien zur Bußgeldbemessung in Kartellverfahren aus dem Jahr 2006.	965
4. Mitteilung vom 14. Februar 2002 über den Erlass und die Ermäßigung von Geldbußen - „Kronzeugenregelung“.	965
VI. Kartellverfahren auf Gemeinschaftsebene.	968
1. Rechtsnatur und Rechtsgrundlagen des Verfahrens.	968
2. Einleitung und Ablauf des Verfahrens.	969
VII. Rechtskontrolle durch den Europäischen Gerichtshof.	976
1. Grundsätzliche Klagemöglichkeiten.	976
2. Erweiterung der Nachprüfungsmöglichkeit durch Art. 229 EG	977
VIII. Bußgeldtatbestände der Fusionskontroll-Verordnung.	978
1. Rechtsgrundlagen der Fusionskontrollc.	978
2. Anwendungsbereich der Fusionskontroll-Verordnung.	979
3. Fusionskontrollverfahren.	979
4. Bußgeldvorschriften der Fusionskontroll-Verordnung.	981
5. Rechtsmittel bei Bußgeldentscheidungen.	983

17. Kapitel. Schwarzarbeit und illegale Beschäftigung

(Boxliiner)

A. Das Schwarzarbeitsbckämpfungsgesetz.	989
I. Das Phänomen der Schattenwirtschaft.	989
1. Schwarzarbeit.	989
2. Illegale Beschäftigung.	990
II. Die Bundesbehörde Finanzkontrolle Schwarzarbeit (FKS).	990
1. Organisation der FKS.	990
2. Der Prüfungsauftrag der FKS.	991
3. Der Ermittlungsauftrag der FKS.	995
4. Die Behörden der Zollverwaltung als Verwaltungsbehörden im Sinne des § 36 Abs. I Nr. I OWiG".	998
5. Zusammenarbeit mit anderen Behörden und Datensammlung durch die Zollbehörden.	998
III. Straftatbestände im SchwarzArbG.	999
1. Erschleichen von Sozialleistungen im Zusammenhang mit der Erbringung von Dienst- und Werkleistungen.	999
2. Beschäftigung von Ausländern ohne Genehmigung oder ohne Aufenthaltstitel zu ungünstigen Arbeitsbedingungen - § 10 SchwarzArbG . ^". \ . !	1000
3. Beschäftigung oder Erwerbstätigkeit von Ausländern ohne Genehmigung in größerem Umfang — § II SchwarzArbG.	1002

Inhalt

IV. Ordnungswidrigkeiten im SchwarzArbG.	1003
1. Verstoß gegen Melde-, Anzeige-, Eintragspflichtverletzungen bei Erbringung von Dienst- und Werkleistungen in erheblichem Umfang - § 8 Abs. 1 SchwarzArbG	1003
2. Verletzung von Mitwirkungs- und Duldungspflichten bei der Prüfung nach § 2 SchwarzArbG, § 8 Abs. 2 SchwarzArbG.	1004
3. Zuständige Verwaltungsbehörde.	1004
V. Ausschluss von öffentlichen Aufträgen §21 SchwarzArbG.	1004
B. Schwarzarbeit durch Verletzung von sozialversicherungsrechtlichen Melde-, Beitrags- und Aufzeichnungspflichten (§ 1 Abs. 2 Nr. 1 SchwarzArbG).	1005
I. Das System der Schwarzarbeit.	1005
1. Zusammenwirken der Beteiligten.	1005
2. Schwarze Ausgaben — schwarze Einnahmen.	1006
3. Begehensweisen.	1006
II. Strafbarkeit des Arbeitgebers.	1007
1. Vorenthalten und Veruntreuen von Arbeitsentgelt — §266 a StGB	1007
2. Beitragsbetrug §263 StGB.	1009
III. Strafbarkeit des Arbeitnehmers.	1010
IV. Praxisrelevante Probleme der jSachverhalts- und Schadensfeststellung bei § 266 a StGB	1010
1. Anforderungen an die strafrechtlichen Ermittlungen.	1010
2. Notwendige Feststellungen zum sozialversicherungsrechtlichen Schaden.	1011
3. Berechnung und Darstellung des Beitragschadens.	1014
C. Schwarzarbeit durch Empfänger von Sozialleistungen wegen Verletzung von Mitteilungspflichten gegenüber den Sozialleistungsträgern (§ 1 Abs. 2 Nr. 3 SchwarzArbG).	1015
I. Pflichten des Empfängers von Sozialleistungen gegenüber dem Sozialleistungsträger.	1015
II. Häufig ersichlichene Leistungen.	1016
1. Arbeitslosengeld I - §§ 117ff. SGB III	1016
2. Arbeitslosengeld II - §§7ff. SGB II	1016
3. Sozialhilfe - SGB XII	1017
III. Begehensweisen.	1017
1. Verletzung der Mitteilungspflichten durch den Leistungsbezieher	1017
2. Kollusives Zusammenwirken zwischen Arbeitgeber und Leistungsbezieher.	1017
3. Verschweigen von sonstigen leistungsrelevanten Umständen.	1018
IV Verwirklichte Straftaten und Ordnungswidrigkeiten.	1018
1. Straftaten.	1018
2. Ordnungswidrigkeiten.	1019
3. Verfolgungszuständigkeit	1019
4. Aufdeckungsmethoden.	1019
D. Illegale Ausländerbeschäftigung	1020
I. Voraussetzungen für die Zulassung von Ausländern zum deutschen Arbeitsmarkt	1020
1. Freizügigkeitsberechtigte Ausländer.	1021
2. Staatsangehörige der neuen Beitrittsstaaten.	1021
3. Angehörige von Staaten außerhalb des Europäischen Wirtschaftsraumes (Drittausländer).	1022
4. Asylbewerber und geduldete Ausländer.	1024
II. Ausländerrechtliche Verstöße durch Aufnahme einer unerlaubten Beschäftigung.	1024

1. Fallgruppen illegaler Beschäftigungsaufnahme	1024
2. Strafbarkeit des Ausländers wegen Aufnahme einer nicht erlaubten Beschäftigung - § 95 Abs. 1 Nr. 2 AufenthG.	1024
3. Beihilfe zum illegalen Aufenthalt durch Beschäftigung eines Ausländers ohne erforderlichen Aufenthaltstitel - § 95 Abs. 1 Nr. 2 AufenthG, 27 StGB.	1026
4. Einschleusen von Ausländern durch Beschäftigung eines Ausländers ohne erforderlichen Aufenthaltstitel - § 96 AufenthG.	1027
5. Erschleichen von Aufenthaltstiteln zur Beschaffung von Billigarbeitskräften § 95 Abs. 2 Nr. 2 AufenthG.	1028
III. Verstöße gegen das Arbeitsgenehmigungsrecht	1029
1. Allgemeines	1029
2. Straftaten	1029
3. Ordnungswidrigkeiten im SGB III	1029
IV. Scheinselbständigkeit von Staatsangehörigen der neuen Beitrittsstaaten	1030
1. Niederlassungsfreiheit	1030
2. Abgrenzung selbständige Tätigkeit — abhängige Beschäftigung	1031
3. Erscheinungsformen der Scheinselbständigkeit	1031
4. Straf- und bußgeldrechtliche Folgen der Scheinselbständigkeit	1032
E. Illegale Beschäftigung im Zusammenhang mit Arbeitnehmerüberlassung	1033
I. Arbeitnehmerüberlassung und andere Formen drittbezogenen Personaleinsatzes.	1033
1. Arbeitnehmerüberlassung	1033
2. Abgrenzung zu anderen Formen drittbezogenen Personaleinsatzes	1033
3. Werkvertrag und Arbeitnehmerüberlassung	1034
4. Selbständiger Dienstvertrag	1036
5. Dienstverschaffungsvertrag	1036
II. Das Arbeitnehmerüberlassungsgesetz (AÜG).	1036
1. Arbeitnehmerüberlassung nach dem AÜG.	1036
2. Erlaubnispflicht	1037
3. Ausnahmen.	1038
4. Verbot der Arbeitnehmerüberlassung im Baugewerbe.	1039
5. Abgrenzung zur Arbeitsvermittlung	1040
6. Die Arbeitgeberfiktion des § 10 AÜG.	1041
7. Strafrechtliche Folgen der Arbeitgeberfiktion.	1041
III. Straftatbestände und Ordnungswidrigkeiten im AÜG.	1042
1. Straftatbestände.	1042
2. Ordnungswidrigkeiten	1044
F. Gesetz über zwingende Arbeitsbedingungen bei grenzüberschreitenden Dienstleistungen (Arbeitnehmer-Entsendegesetz - AEntG).	1046
I. Anwendungsbereich	1046
1. Entwicklung	1046
2. Geltungsbereich.	1046
II. Pflichten des Arbeitgebers.	1047
1. Anmeldung	1047
2. Gewährung der tarifvertraglichen Mindestarbeitsbedingungen.	1047
3. Abführung von Beiträgen an gemeinsame Einrichtungen der Tarifvertragsparteien.	1048
4. Mitwirkungspflichten bei Kontrollen.	1049
5. Generalunternehmerhaftung.	1049
III. Ordnungswidrigkeiten im AEntG.	1050
1. Seitens des entsendenden Arbeitgebers.	1050
2. Seitens des Generalunternehmers.	1050

Inhalt

3. Zuständige Verwaltungsbehörde	1051
4. Festsetzung von Geldbußen gegen juristische Personen oder Personen- vereinigungen	1051
5. Ausschluss von öffentlichen Aufträgen - § 6 AEntG.	1051
G. Illegale Entsendung auf Grundlage der bilateralen Regierungsabkommen (Werkvertragsverfahren) am Beispiel des Baugewerbes.	1052
1. Grundlagen der Entsendung.	1052
II. Missbräuchliche Entsendung — Interessenlagen der Beteiligten.	1052
III. Das Zulassungsverfahren.	1054
1. Werkverträge mit Nachunternehmern mit Sitz außerhalb des europäischen Wirtschaftsraumes.	1054
2. Werkverträge mit Nachunternehmern mit Sitz in den neuen Beitritts- staaten.	1055
IV. Straftaten und Ordnungswidrigkeiten (AEntG) bei Entsendekriminalität	1055
1. Erschleichen von Aufenthaltstiteln §95 Abs. 2 Nr. 2 AufenthG.	1055
2. Lohnwucher §291 StGB, Lohndumping und Mindestlohnunter- schreitungen - §5 Abs. 2 AEntG i.V.m. § 1 AEntG.	1056
3. Menschenhandel zum Zwecke der Ausbeutung der Arbeitskraft (§233 StGB).	1058
4. Betrug zum Nachteil der Urlaubskasse (ULAK).	1059
5. Vorenthalten und Veruntreuen von Arbeitsentgelt — §266 a StGB	1060
6. Illegale Arbeitnehmerüberlassung.	1063
H. Steuerliche Aspekte	1064
I. Vorbemerkung.	1064
II. Fallgestaltungen, Beteiligte.	1064
1. Schwarzarbeit	1064
2. Scheinselbständigkeit	1064
3. Werkverträge mit ausländischen Bauunternehmern	1065
4. Illegale Arbeitnehmerüberlassung.	1066
III. Betroffene Steuerarten	1066
1. Einkommen-, Körperschaft-, Gewerbesteuer.	1066
2. Umsatzsteuer.	1069
3. Lohnsteuer.	1071
IV. Strafbarkeit der Beteiligten.	1073
1. Schwarzarbeit	1074
2. Scheinselbständigkeit	1074
3. Illegale Beschäftigung	1075
V. Besondere Ermittlungsprobleme und -möglichkeiten	1076

18. Kapitel. Steuerstrafrecht

(Kummer)

I. Allgemeines	1086
1. Bedeutung, Ausmaß.	1086
2. Begriffsbestimmung und Abgrenzung.	1087
II. Materielles Steuerstrafrecht	1088
1. Steuerstraftaten (§ 369 AO).	1088
2. Steuerhinterziehung (§ 370 AO).	1089
3. Gewerbmäßige oder bandenmäßige Steuerhinterziehung (§ 370a AO)	1107
4. Selbstanzeige (§ 371 AO).	1119
III. Formelles Steuerstrafrecht	1128
1. Vorschriften für die Durchführung von Strafverfahren.	1128
2. Ermittlungskompetenz der Finanzbehörde.	1130
3. Ermittlungskompetenz der Staatsanwaltschaft	1147

4. Schutz und Durchbrechung des Steuergeheimnisses1160
5. Sonstige Besonderheiten des Steuerstrafverfahrens1166

19. Kapitel. Internationales Steuerrecht und Steuerhinterziehung

(Rödl)

I. Einführung1172
1. Begriff des Internationalen Steuerrechts, Rechtsquellen1172
2. Internationale Steuergestaltung1173
3. Internationale Steuergestaltung und Steuerstrafrecht1175
II. Ansässigkeit natürlicher Personen1175
1. Steuerliches Gestaltungsziel1175
2. Materiell-steuerrrechtliche Voraussetzungen1176
3. Typische Hinterziehungskonstellationen1180
III. Funktionsverlagerung in ausländische Konzerngesellschaft.cn1182
1. Steuerliche Anerkennung als im Ausland ansässige Gesellschaft1182
2. Funktionsverlagerungen und Verrechnungspreise1189
3. Sonderfall Kapitalanlage (und andere passive Einkünfte) im Konzern1201
IV. Umsatzsteuer1204
1. Wirkungsweise eines Umsatzsteuerkarussells1204
2. Kontrollmöglichkeiten der Finanzverwaltung1205
3. Strafbarkeit der Umsatzsteuerhinterziehung1206

20. Kapitel. Zoll

(Härder)

1. Allgemeines1210
II. Aufgaben, Organisation und Aufbau der Zollverwaltung1210
1. Die Aufgaben der Zollverwaltung1210
2. Die Organisation der Zollverwaltung1211
3. Weisungsverhältnisse1211
III. Überwachungsaufgaben der Zollverwaltung1212
1. Zollamtliche und Zollrechtliche Überwachung1212
2. Steueraufsicht1215
3. Betriebsprüfungen1215
4. Überwachung des Warenverkehrs und Bargeldverkehrs über die Grenzen1216
5. Finanzkontrolle Schwarzarbeit — FKS1217
6. Überwachungsaufgaben und -instrumente des Zollfahndungsdienstes1218
IV. Ermittlungskompetenzen der Zollbehörden1220
1. Allgemeines1220
2. Ermittlungsbefugnisse der Hauptzollämter1221
3. Ermittlungskompetenzen des Zollfahndungsdienstes1223
4. Verhältnis der steuerrechtlichen zu den strafrechtlichen Ermittlungen1226
V. Bedeutungen der Zollverfahren und ihrer rechtlichen und praktischen Ausgestaltung für Zuwiderhandlungen1227
1. Allgemeines1227
2. Zollverfahren im Allgemeinen/Rechtsgrundlagen1228
3. Nichterhebungsverfahren und Zollverfahren mit wirtschaftlicher Bedeutung1234
4. Sonstige zollrechtliche Bestimmungen1246
VI. Strafrechtlicher Schutz bei den sog. Zollstraftaten1247
VII. Ermittlung von Steuerstraftaten1249
1. Begriff der Steuerstraftaten nach § 369 AO1249
2. Steuerhinterziehung1249

Inhalt

3. Gewerbs-oder bandenmäßige Steuerhinterziehung	1258
4. Bannbruch	1260
5. Wertzeichenfälschung	1263
6. Gewerbsmäßiger, gewaltsamer und bandenmäßiger Schmuggel	1263
7. Steuerhehlerei	1264
8. Begünstigung	1265
9. Einziehung	1265
10. Das Schmuggelprivileg	1265
11. Selbstanzeige bei Steuerhinterziehung	1266
12. Im Zusammenhang mit Steuerdelikten stehende Straftaten	1269
VIII. Ermittlung von Zuwiderhandlungen gegen Marktordnungsregelungen der Europäischen Gemeinschaft	1270
1. Allgemeines	1270
2. Rechtsgrundlagen und grundsätzliche Regelungssystematik	1272
3. Aufgaben der Zollverwaltung	1274
4. Modi operandi	1274
IX. Ermittlung von Verstößen gegen Verbote und Beschränkungen im grenzüberschreitenden Warenverkehr (Bannbruch)	1280
1. Allgemeines	1280
2. Gewerblicher Rechtsschutz/Schutz des geistigen Eigentums (Marken- und Produktpiraterie)	1281
3. Artenschutz	1287
X. Finanzermittlungen	1294
1. Die Rolle der Finanzermittlungen im Rahmen der OK-Bekämpfung	1294
2. Aufgaben und Befugnisse des Zollfahndungsdienstes	1294
3. Zollspezifische Informationsquellen und Ermittlungsansätze	1295
4. Bargeldkontrollen	1296
5. Verdachtsanzeigen und Ermittlungen	1297
XL Ermittlung von Verstößen gegen das GÜG	1299
1. Allgemeines	1299
2. Der Sinn der Grundstoffüberwachung	1299
3. Die Überwachung der gelisteten Grundstoffe	1300
4. Das polizeiliche Monitoringsystem	1302
5. Ermittlungen	1302
XII. Bedeutung des Steuergeheimnisses i. R. der Tätigkeit der Zollverwaltung	1304
1. Art. 15 Zollkodex	1304
2. § 30 AO	1305
XIII. Das ZKA	1309
1. Stellung und Funktion des ZKA im Zollfahndungsdienst	1309
2. Ermittlungsaufgaben und-befugnisse des ZKA	1310
3. Sonstige Aufgaben des ZKA	1311
XIV Zusammenarbeit des ZKA und des Zollfahndungsdienstes mit anderen Behörden	1312
1. Zusammenarbeit im nationalen Bereich	1312
2. Internationale und europäische Zusammenarbeit im Wege der Amtshilfe	1312
3. Zusammenarbeit mit der EG-Kommission	1315
4. Verhältnis der Amtshilfe zur justiziellen Rechtshilfe	1316
21. Kapitel. Außenwirtschaftsstrafrecht (AWG, KWKG, CWÜAG)	
<i>(Härder)</i>	
I. Vorbemerkungen	1320
1. Allgemeines	1320
2. Abgrenzung KWKG/AWG	1321

3. Abgrenzung CWÜAG/AWG	1322
4. Abgrenzung CWÜAG/KWKG	1322
II. Außenwirtschaftsgesetz	1323
1. Grundsätze	1323
2. Die Systematik des AWG	1323
3. Die Außenwirtschaftsverordnung	1324
4. Die Entwicklung des Außenwirtschaftsrechts seit 1961	1326
5. Auswirkungen des EG-Rechts auf das Außenwirtschaftsrecht	1329
6. Zur Verfassungsmäßigkeit der Außenwirtschaftsbestimmungen	1333
7. Die Bußgeld- und Strafbestimmungen des AWG	1334
8. Modi Operandi des illegalen Technologietransfers	1353
9. Aufgaben und Befugnisse der Zollbehörden	1355
10. Möglichkeiten des Erkennens des illegalen Technologietransfers durch die Zollbehörden	1356
11. Präventive Telekommunikations- und Postüberwachung durch das ZKA	1357
12. Internationale Zusammenarbeit	1358
13. Sonstige Delikte/Vermögensabschöpfung	1359
III. Kriegswaffenkontrollgesetz	1360
1. Allgemeines	1360
2. Die Systematik des KWKG	1361
3. Die Kriegswaffenliste	1361
4. Die Beschränkungen	1363
5. Die Strafbestimmungen	1370
IV. Das Chemiewaffenübereinkommen	1371
1. Das Ausführungsgesetz und die Ausführungsverordnung zum CWÜ	1371
2. Die Strafbestimmungen des CWÜAG	1372
Anhang Übersicht § 34 AWG	1373

22. Kapitel. Internationale Rechtshilfe

(Veh)

I. Rechtshilfebegriffe	1383
1. Der nationale Begriff internationaler Rechtshilfe	1383
2. Der internationale Begriff internationaler Rechtshilfe	1385
II. Rechtshilfe als Teil international arbeitsteiliger Strafverfolgung	1386
1. Rechtshilfe im Zusammenspiel verschiedener Rechtsordnungen	1386
2. International abgestimmtes Vorgehen	1388
3. Checkliste zu Notwendigkeit und Sinn eines Rechtshilfeersuchens	1389
III. Rechtsquellen	1391
1. Grundstrukturen und Hilfsmittel	1391
2. Rechtsquellen im europäischen Vertragsnetzwerk	1393
3. Rechtsquellen des nationalen Rechtshilferechts	1407
IV. Notwendigkeit und Sinn eines Rechtshilfeersuchens	1408
1. Nichtgenehmigungsbedürftige grenzüberschreitende Befugnisse	1408
2. Befugnisse von Auslandsvertretungen	1410
3. Rechtshilfe und konkurrierende Strafverfolgungszuständigkeiten	1410
4. Verhältnismäßigkeit, auch von Aufwand und Ertrag	1417
V. Das Ersuchen um Rechtshilfe (i. w. S.)	1418
1. Verfasser des Ersuchens	1418
2. Form und Inhalt des Ersuchens	1420
3. Geschäftsweg	1421
4. Notwendige Einschaltung weiterer Behörden	1422
VI. Voraussetzungen und Grenzen der Rechtshilfe	1425

Inhalt

1. Allgemeine Voraussetzungen	1425
2. Besonderheiten für Fiskaldelikte	1430
3. Spezifische Voraussetzungen für einzelne Maßnahmen	1431
4. Grenzen der Rechtshilfenutzung, Spezialität	1436
VII. Ausgewählte Länderspezifika	1439
1. Schengenstaaten	1439
2. Die Schweiz	1440
3. Liechtenstein	1443
4. Großbritannien und Nordirland; Irland	1443
5. Mittel- und Osteuropa	1445
6. Vereinigte Staaten und Kanada	1445
7. Steueroasen in Übersee	1446
8. Asien und Ozeanien	1447

23. Kapitel. Ausgewählte Besonderheiten des Ermittlungsverfahrens (Gürtler)

I. Durchsuchung und Beschlagnahme	1451
1. Beschlagnahme in Wirtschaftsstrafsachen — Beschlagnahmeverbot gemäß § 97 StPO	1451
2. Entbindung von der Schweigepflicht	1465
3. Zufallsfundc	1470
4. Folgen des Beschlagnahmeverbots	1470
5. Beschlagnahme von Behördenakten gemäß § 96 StPO	1471
II. Verwertbarkeit von Erkenntnissen der Telefonüberwachung (TU) nach Wegfall der Katalogtat	1471
1. Wegfall der Katalogtat bei Geldwäsche	1471
2. Vorbehalt von Zufallsrkenntnissen	1473
III. Einzelfragen der Akteneinsicht	1474
1. Rechtsweg	1474
2. Akteneinsichtsrecht im Ausgangsverfahren nach Verfahrenstrennung	1475
3. Anhörung des Beschuldigten vor Erteilung der Akteneinsicht	1475
IV. Einzelfragen der Zeugenanhörung	1476
1. Zeugnisverweigerungsrecht eines Notars und seines Gehilfen	1476
2. Auskunftsverweigerungsrecht eines Zeugen (§55 StPO)	1478
3. Fragebögen an Zeugen zur Sachverhaltsaufklärung	1480
V. Verwertbarkeit von Angaben in Insolvenzverfahren gemäß § 97 InsO	1481
VI. Verbot des Selbstbelastungszwangs im Steuerstrafverfahren	1484
1. Problemstellung	1484
2. Recht zur Lüge?	1485
3. Verpflichtung zur Abgabe von Steuererklärungen für nachfolgende Besteuerungszciträuinc oder Verwendungsverbot?	1486
4. Einschränkende Auslegung des Verwendungsverbots bei Selbstanzeige gemäß § 371 AO	1488
5. Verpflichtung, die Einkünfte betragsmäßig offenzulcgcn?	1489

24. Kapitel. Besonderheiten im Strafverfahren (Cicg)

Vorbemerkung	1494
A. Beweisantragsrecht	1495
I. Verfassungsrechtliche Anbindung des Beweisantragsrechts	1495
II. Das Verhältnis zur Aufklärungspflicht nach §244 Abs. 2 StPO	1496
III. Der Begriff des Beweisantrags	1497
1. Beweisanträge außerhalb der Hauptverhandlung	1497

2. Die Rechtsprechung1498
3. Definition.1499
IV. Formelle Anforderungen und Verfahren	T499
1. Antragberechtigung und gemeinsame Antragstellung1499
2. Ausschluss der Antragsberechtigung und Rechtsmissbrauch,,1499
3. Form und Protokollricrgung — Anordnung nach 257a StPO.1502
4. Zeitpunkt der Antragstellung.1503
5. Zurücknahme und Verzicht1503
V. Der bedingte Beweisantrag.1504
1. Klassifizierungsansätze.1504
2. Der Hilfsbeweisantrag1506
3. DerEventualbeweisantrag.1509
VI. Die inhaltlichen Anforderungen an das Beweisbegchrn.1510
1. Die Behauptung der Beweistsache.1510
2. Die Angabe des Beweismittels.1519
VII. Beweisanregung, Beweiscsrmittlungsantrag und Schcinbeweisantrag.1522
1. Beweisanregung und Beweiserbieten.1522
2. Beweiscsrmittlungsantrag.1522
3. Scheinbeweisantrag und Missbrauch des .Beweisantragsrechts.1524
VIII. Die Entscheidung über den Beweisantrag1526
1. Die Anordnung der Beweisaufnahme.1526
2. Die Ablehnung des Beweisantrags durch Gerichtsbeschluss.1526
IX. Die Ablehnung des Beweisantrags.1528
1. Das Verbot der Beweisantizipation.1528
2. Unzulässigkeit der Beweiserhebung gemäß § 244 Abs. 3 Satz 1 StPO1529
3. Die Ablchnungsgründe des § 244 Abs. 3 Satz 2 StPO.1531
4. Ablehnung des Sachverständigenbeweises nach § 244 Abs. 4 StPO1545
5. Ablehnung des Augenscheinsbeweises nach § 244 Abs. 5 Satz 1 StPO1547
6. Ablehnung eines Auslandszeugen nach § 244 Abs. 5 Satz 2 StPO.1548
B. Verständigung im Strafverfahren1549
I. Handel mit der Gerechtigkeit?.1549
1. Zum aktuellen Meinungsstand in Rechtsprechung und Lehre.1549
2. Ubiquität im Bereich der Wirtschaftsstratsachen.1552
II. Der Standpunkt des Bundesgerichtshofs.1552
1. Die Grundaussage.1552
2. Ausblick - Reformbestrebungen1553
III. Die Zulässigkeit strafprozessualer Verständigung im Einzelnen.1554
1. Sachaufklärungspflicht und Geständnis; Verwertbarkeit bei gescheiterter Absprache.1555
2. § 136a StPO - unzulässige Versprechen - Sanktionsscerc.1557
3. Öffentlichkeit. !1559
4. Einbeziehung aller Vertahrncsbeteiligter und Transparenzgebot1560
5. Rechtsmittelverzicht - „qualifizierte“ Belehrung - Wiedereinsetzung.1561
6. Protokollricrgung und Dissens.1564
7. Schuldspruch.1565
8. Rechtsfolgenausspruch.1565
9. Bindungswirkung und Vorbehalt schwerwiegender neuer Umstände.1568
IV. Aspekte der „Verständigung“ im Ermittlungsverfahren.1570
Anhang I: Referententwurf.1573
Anhang II: Gesetzesantrag des Landes Niedersachsen.1576

Inhalt

25. Kapitel. EDV-Beweissicherung

(Bär)

A. Einführung	1582
I. Einleitung	1582
II. Bedeutung der EDV-Beweissicherung	1584
1. Bedeutung des Ermittlungsverfahrens	1584
2. Grenzen der Auslegung	1584
3. Einteilung der Zugriffsrechte und Gang der Darstellung	1586
B. Einzelne Zwangsmaßnahmen	1586
I. Durchsuchungen im EDV-Bereich	1586
1. Betroffener Personenbereich	1587
2. Inbetriebnahme fremder EDV-Anlagen	1588
3. Nutzung fremder Programme	1590
4. Reichweite der Durchsuchungsbefugnisse	1591
5. Durchsuchungen mit Auslandsbezug	1593
6. Planung und Vollzug von Zwangsmaßnahmen	1594
7. Durchsicht der Papiere	1599
II. Beschlagnahme von Computerdaten	1599
1. Gegenstände als Beweismittel	1600
2. Potentielle Beweisbedeutung	1601
3. Formen der Sicherstellung	1602
4. Beschlagnahmeverbote	1603
5. Postbeschlagnahme	1605
6. Rasterfahndung	1606
7. Durchführung der Sicherstellung und Auswertung von EDV-Unterlagen	1606
III. Strafprozessuale Mitwirkungspflichten	1608
1. Zeugenpflicht	1608
2. Editionsspflicht (§95 StPO)	1610
IV. Eingriffe in die Telekommunikation	1613
1. Überwachung der Telekommunikation (§ 100a StPO)	1613
2. Auskunftsanspruch nach §§ 100g, 100h StPO	1620
3. Auskunftersuchen gemäß §§ 111 ff. TKG und 6 Abs. 5 TDDSG	1627
4. Einsatz eines IMSI-Catchers (§ 100i StPO)	1628
5. Planung und Durchführung von Eingriffen	1629
C. Ermittlungen in Computernetzwerken	1629
I. Polizeistreifen in Datennetzen	1630
II. Nutzung fremder Zugangsberechtigungen	1631
1. Abgrenzung von Gefahrenabwehr und Strafverfolgung	1632
2. Strafprozessuale Rechtsgrundlagen	1633
III. Einsatz sonstiger neuer technischer Mittel	1637
D. Zugriff auf verschlüsselte Daten	1637
I. Methoden der Datenverschlüsselung	1638
II. Bekanntgabe von Verschlüsselungsmechanismen	1639
E. Zusammenfassung und Ausblick	1639

26. Kapitel. Finanzermittlungen, Vermögenssicherung, Rückgewinnungshilfe

(Podohky)

I. Einleitung	1642
II. Konzeption und Vermögensabschöpfung	1643
1. Erste Säule: Aus- und Fortbildung	1643

2. Zweite Säule: Einrichtung einer Zentralstelle „Vermögensabschöpfung“ beim LKA.	1643
3. Dritte Säule: Finanzermittlungen als polizeilicher Standard.	1644
4: Zusammenarbeit Justiz/Polizei im Bereich der Finanzermittlungen.	1644
III. Materielle Rechtsgrundlagen der Vermögensabschöpfung	1645
1. Die Verfalls vorschriften	1645
2. Nutzungen gem. § 73 Abs. 2 Satz 1 StGB.	1650
3. Surrogate gem. § 73 Abs. 2 Satz 2 StGB.	1650
4. Handeln für einen anderen nach § 73 Abs. 3 StGB.	1651
5. Dritteigentümerbezogener Verfall nach § 73 Abs. 4 StGB.	1653
6. Der Verfall von Wertersatz nach § 73 a StGB.	1653
7. Schätzung nach § 73 b StGB.	1655
8. Unbillige Härte nach § 73 c StGB.	1655
9. Die Haftung von Mittätern und Bandenmitgliedern	1657
10. Erweiterter Verfall nach § 73 d Abs. 1 StGB.	1658
11. 73 d Abs. 2 StGB.	1660
12. 73 d Abs. 3 StGB.	1660
13. 73 d Abs. 4 StGB.	1661
IV. Verfahrensvorschriften zur vorläufigen Vermögenssicherung	1661
1. Vorbemerkung.	1661
2. Die Sicherstellung durch Beschlagnahme und dinglichen Arrest	1661
3. Abgrenzung Beschlagnahme/dinglicher Arrest	1662
4. Sicherstellung der materiellen Ansprüche durch Beschlagnahme	1662
5. Sicherstellung der materiellen Ansprüche durch dinglichen Arrest	1662
6. Die Sicherstellung durch Beschlagnahme nach § 111 b Abs. 1 StPO	1662
7. Anordnung der Beschlagnahme nach § 111 e Abs. 1 StPO.	1664
V. Kompetenz zur Einleitung und Durchführung der Vollstreckungsmaß- nahmen im Falle der Beschlagnahme nach § Ulf. StPO.	1664
1. Bei beweglichen Gegenständen	1664
2. Bei Grundstücken und grundstücksgleichen Rechten.	1664
3. Bei Forderungen und anderen Vermögensrechten	1665
4. Bei eingetragenen Schiffen, Schiffsbauwerken und Luftfahrzeugen	1665
VI. Die Vollziehung/Vollstreckung der Beschlagnahme nach § 111 c StPO.	1665
1. Bei beweglichen Gegenständen	1665
2. Bei Grundstücken und grundstücksgleichen Rechten.	1665
3. Bei Forderungen und anderen Vermögensrechten	1666
4. Bei eingetragenen Schiffen und Luftfahrzeugen.	1666
5. Die Wirkung der vollzogenen Beschlagnahme nach § 111 c Abs. 5 StPO	1666
6. Absehen vom Verfall im Strafurteil	1666
VII. Folgen der gerichtlichen Verfallsanordnung	1667
1. Die Rückgewinnungshilfe nach § 111 b Abs. 5 und Abs. 1 StPO.	1667
2. Die Geschädigtenbenachrichtigung nach § 111 e Abs. 3 und 4 StPO.	1667
3. Die einzuleitenden Maßnahmen der Geschädigten	1667
4. Zulassung der Zwangsvollstreckung der Geschädigten nach § 111 g Abs. 2 StPO	1668
5. Das weitere Vorgehen nach Stellung des Zulassungsantrages.	1669
6. Aufrechterhaltung der Beschlagnahme zugunsten Verletzter nach § 111 iStPO.	1669
7. Rückgewinnungshilfe bei unbekanntem Geschädigten und das Verfahren nach §§ 979 ff. BGB.	1669
VIII. Die Sicherstellung von Gegenständen durch dinglichen Arrest nach § 111 b Abs. 2 StPO.	1671

Inhalt

1. Anordnung des dinglichen Arrestes nach § 111 e Abs. 1 StPO.	1671
2. Notwendiger Inhalt eines dinglichen Arrestes nach § 111 d Abs. 2 StPO.	1672
IX. Kompetenz zur Einleitung und Durchführung der Vollstreckungsmaß- nahmen im Falle des dinglichen Arrestes nach §111 f. StPO.	1672
1. Bei beweglichen Gegenständen.	1673
2. Bei Grundstücken und grundstücksgleichen Rechten.	1673
3. Bei Forderungen, Schiffen sowie Schiffsbauwerken.	1673
X. Die Vollstreckung des dinglichen Arrestes gem. §111 d StPO.	1673
1. Bei beweglichen Gegenständen.	1674
2. Bei Grundstücken.	1674
3. Bei Forderungen und anderen Vermögensrechten.	1674
4. Bei eingetragenen Schiffen, Schiffsbau werken und Luftfahrzeugen. . . .	1674
XI. Absehen vom Wertersatzverfall im Strafverfahren.	1674
1. Folgen des gerichtlichen Wertersatzverfalls.	1675
2. Die Rückgewinnungshilfe im Falle des Wertersatzes.	1675

27. Kapitel. Verteidigung in Wirtschaftsstrafsachen

(Dierlamtn)

I. Stellung und Funktion des Verteidigers in Wirtschaftsstrafsachen.	1678
1. Berufsauftrag des Strafverteidigers.	1678
2. Verteidigung in Wirtschaftsstrafsachen und Medien.	1680
3. Die Sockelverteidigung.	1682
4. Die Firmenvertretung.	1683
II. Verteidigung im Ermittlungsverfahren.	1685
1. Vorbemerkung.	1685
2. Aktivitäten des Verteidigers im Ermittlungsverfahren.	1685
3. Verteidigung bei Durchsichtung und Beschlagnahme.	1694
4. Erledigungsmöglichkeiten im Ermittlungsverfahren.	1698
III. Verteidigung im Zwischenverfahren.	1699
IV. Verteidigung im Hauptverfahren.	1701
1. Vorbereitung der Hauptverhandlung.	1701
2. Verteidigungsstrategien in der Hauptverhandlung.	1702

28. Kapitel. Der Geschädigte in Wirtschaftsstrafsachen

(Wagner)

I. Einleitung.	1706
II. Der Geschädigte.	1707
1. Begriff.	1707
2. Stellung.	1709
III. Recht auf anwaltlichen Beistand.	1710
IV. Private Ermittlungen des Geschädigten.	1711
1. Inhalt.	1711
2. Problematik.	1712
3. Zulässigkeit.	1712
4. Grenzen.	1713
5. Verwertbarkeit.	1713
6. Praktisches Vorgehen.	1714
V. Die Strafanzeige.	1716
1. Vorüberlegungen.	1716
2. Inhalt.	1716
3. Keine missbräuchliche Verwendung.	1717
VI. Die Zeugenvernehmung des Geschädigten.	1718

1. Anwesenheit des Rechtsanwalts gem. §406f Abs. 2 S. 1 StPO.	1719
2. Weitere Befugnisse gem. §406 f Abs. 2 S. 2 StPO.	1720
3. Befugnisse gem. §406 g Abs. 2 StPO.	1721
VII. Teilnahme an Ermittlungshandlungen.	1721
1. Durchsuchungsmaßnahmen.	1721
2. Weitere Ermittlungen.	1722
VIII. Recht auf Information.	1722
1. Aktencinsicht.	1723
2. Mitteilung des Verfahrensausgangs.	1728
3. Mitteilung bei freiheitsentziehenden Maßnahmen.	1729
IX. Schadenswiedergutmachung.	1729
1. Die Einstellung nach § 153 a Abs. I S. 2 Nr. 1 StPO.	1729
2. Die Rückgewinnungshilfe gem. §§111 b ff. StPO.	1730
3. DerTäter-Opfer-Ausgleich gem. §46 a StGB.	1731
4. Das Adhäsionsverfahren.	1732
5. Die Bewährungsauflage.	1736
6. Möglichkeiten nach dem Urteil.	1736
7. Sonstiges.	1737

29. Kapitel. Die Zusammenarbeit der Ermittlungs- behörden mit anderen Institutionen bei der Aufklärung von Wirtschaftsstraftaten

(Tschannett.)

I. Vorbemerkung.	I 739
II. Öffentliche Institutionen.	1740
1. Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin).	1740
2. Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA).	1745
3. Bundeszentralamt für Steuern.	1747
4. Bundesamt für Güterverkehr (BAG).	1748
5. Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI).	1749
6. Bundeskartellamt.	1750
7. Bundesagentur für Arbeit (BfA).	1751
8. Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung (BLE).	1752
9. Deutsches Patent- und Markenamt.	1752
10. Informationszentrale für den Sturcfahndungsdienst beim Finanzamt Wiesbaden II, IZ-Stcufa.	1753
11. Zollkriminalamt (ZKA).	1754
12. Hauptzollamt Hamburg-Jonas.	1755
13. Nachrichtendienste.	1756
14. Landsgewerbcanstalt (LGA).	1756
15. Industrie- und Handelskammern (IHK).	1757
III. Private Institutionen.	1758
1. Telckommunikationsanbieter.	1758
2. Organe der freiwilligen Selbsthilfe.	1760
IV. Internationale Organisationen.	1764
1. Europäisches Amt für Betrugsbekämpfung (OLAF).	1764
2. Europäisches Polizeiamt (EUROPOL).	1766
3. Europäischesjustizielles Netz (EJN).	1767
4. Eurojust.	1767
Sachverzeichnis.	1769